BÜRGERSCHAFT
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG Drucksache **22/**
22. Wahlperiode **xx.xx.2021**

A N T R A G

der Abgeordneten Marco Schulz, Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf,

Krzysztof Walczak, Olga Petersen und Thomas Reich (AfD) vom 13.12.2021

Betr.: HVV-ProfiTicket auch für unsere Soldaten!

Auf der einen Seite hat sich die Hamburger Verkehrsbehörde unter Senator Anjes Tjarks die umgangssprachliche Mobilitätswende auf die Fahnen geschrieben, auf der anderen Seite wurde unsere Hansestadt im November 2021 erneut vom ADAC zur Metropole mit dem bundesweit teuersten aller ÖPNV-Angebote gekürt.
Zu spüren bekommen dies besonders jene Kunden, welche nicht das Glück haben, von ihrem Arbeitgeber eine Monatskarte zu erhalten bzw. diese bezuschussen zu lassen.

Bevor allerdings der Blick auf eine Berechtigungserweiterung des vom HVV angebotenen JobTickets fällt, sollte sich der Fokus zunächst auf die Ausschöpfung der bestehenden Möglichkeiten wenden. Der Politik wohnt hierbei in Teilen, neben der Bereitstellung, ebenfalls eine Initialisierungspflicht bei. Zwar nicht beim privatwirtschaftlichen Betrieb, wohl aber bei ihren eigenen Beschäftigen im öffentlichen Dienst. Dieser Verpflichtung ist Hamburg primär nachgekommen, doch wurde eine Gruppe bislang vergessen.

Zwar tragen weder Bürgerschaft noch Senat für die in Hamburg stationierten Soldaten sowie Zivilbeschäftigten eine personalrechtliche Verantwortung, wohl aber eine moralische. Zuletzt hat der über 14-monatige Amtshilfeeinsatz bei der Bekämpfung der Corona-Krise gezeigt, dass die Soldaten zwar über Bundesmittel bezahlt, aber dennoch auch für Hamburg ihren Dienst leisten.

Bislang hat leider keine der hiesigen Liegenschaften der Bundeswehr das seit unzähligen Jahren bestehende Angebot des JobTickets über den HVV beansprucht, obwohl die rechtlichen Bedingungen hierzu erfüllt sind. Ein zweijähriges

Rotationsintervall im Bereich der militärischen Führungsebene sowie verschiedenste Zuständigkeiten können hierfür verantwortlich sein. Dabei liegen die Vorteile klar auf der Hand: Mitarbeiter, die öffentliche Verkehrsmittel nutzen und keinen PKW, entlasten den Straßenverkehr und sorgen für weniger Stau und Lärm. Sie benötigen weniger Parkplätze und verringern gleichzeitig den CO^2-Ausstoß. Auch die Fahrzeit zum und von der Arbeitsstätte kann sich verkürzen. Auch gesundheitliche Aspekte sind vorhanden: Weniger Stress und mehr Sicherheit sowie weniger Wegeunfälle.

Nach eigenen Recherchen befindet sich aktuell lediglich das Landeskommando Hamburg in diesbezüglichen Verhandlungen. Konkret wurde uns von der verantwortlichen Dezernatsleiterin schriftlich mitgeteilt:

„Das Landeskommando Hamburg "als Arbeitgeber Bundeswehr" steht mit dem HVV in Verhandlung und konnte nach vorausgegangener Abfrage bei den Dienststellen der Bundeswehr in Hamburg den Bezug von etwa 1500 - 2000 Tickets prognostizieren. Die Vertragsunterlagen befinden sich in der rechtlichen Abstimmung.“

Wenn auch verspätet, ist diese Entwicklung zu begrüßen und zu unterstützen. Doch werden nicht alle in Hamburg stationierten Soldaten hiervon profitieren können. So kann das Landeskommando Hamburg lediglich für sein eigenes Personal, im Schwerpunkt an der Führungsakademie der Bundeswehr verortet, eine Vereinbarung mit dem HVV schließen. Die Helmut-Schmidt-Universität, welche nicht dem Landeskommando, sondern dem Bundesministerium der Verteidigung, unterstellt ist, kann von den aktuell laufenden Verhandlungen nicht automatisch profitieren. Allein dort sind bereits knapp 2000 Soldaten stationiert. Noch verzwickter wird es mit Blick auf die Reichspräsident-Ebert-Kaserne in Iserbrook. Die dortigen Feldjäger sind dem Feldjägerregiment 1 aus Berlin unterstellt. Die sich in der gleichen Liegenschaft befindliche Bundeswehrfachschule wiederum ist dem Bildungszentrum der Bundeswehr in Mannheim unterstellt. Folglich können diese zwei Gruppen ebenfalls nicht automatisch auf das vom Landeskommando verhandelte Kontingent an JobTickets zugreifen.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

1. Die Hamburger Hochbahn wird aufgefordert, mit allen Liegenschaften und Teileinheiten der Bundeswehr in Hamburg in Kontakt zu treten, um über die Nutzung des HVV-ProfiTickets zu informieren, zu verhandeln oder ein alternatives Angebot zur Nutzung des öffentlichen Nahverkehres zu entwickeln.
2. Der Senat möge der Bürgerschaft bis zum 1. April 2022 berichten.